V-22

Persischer Golf: Deeskalation jetzt!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in:	Omid Nouripour (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Die Situation am persischen Golf spitzt sich tagtäglich zu. Eine militärische Eskalation scheint zunehmend wahrscheinlicher zu werden. Offizielle sprechen mittlerweile davon, ein Krieg wäre „wahrscheinlich nicht mehr vermeidbar“. Die angespannte Situation zwischen dem Iran auf der einen Seite und den USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite verschärft sich immer weiter. Illegale Festsetzungen von Tankern, die Verletzung internationalen Seerechts, Angriffe auf wirtschaftlich existenzielle Einrichtungen, Abschuss von Drohnen, lähmende Sanktionen, willkürliche Verhaftungen, Geiselhaft von DoppelstaatlerInnen provozieren zunehmend eine militärische Eskalation. Verschärft wird dies von der Sprachlosigkeit beider Seiten. Weder die USA und der Iran noch Iran und Saudi-Arabien haben derzeit funktionierende Kommunikationslinien. Damit stünde auch einer nicht intendierten Eskalation nicht mehr viel im Wege.

Eine solche würde den Nahen Osten massiv destabilisieren und hätte weit über die Grenzen der von Konflikten so geplagten Region verheerende Folgen. So wäre das Ende des Abkommens nicht
nur der schnellste Weg für den Iran zur Atombombe. Mit Saudi-Arabien würde mindestens ein anderer Staat im Nahen Osten nach der Bombe streben - eine nukleare Rüstungsspirale mit unabsehbaren Folgen wäre die Konsequenz.

Iran - ein hochproblematischer Akteur

Die Islamische Republik Iran ist innen- wie außenpolitisch ein hochproblematischer Akteur. Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch und die Bedrohung der Existenz Israels inakzeptabel.

Im Iran werden die Rechte der Menschen systematisch missachtet. Jährlich finden hunderte Hinrichtungen statt. Meinungsäußerungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit werden von den Behörden massiv eingeschränkt. Internetseiten von sozialen Medien werden blockiert und kritische Medienbetriebe geschlossen. Friedliche Proteste werden unterdrückt. Fälle von Verschwindenlassensind dokumentiert. JournalistInnen, RegierungskritikerInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und AktivistInnen werden willkürlich festgenommen und ohne faire Gerichtsverfahren verurteilt.

Jüngst ist die Menschenrechtsanwältin und Trägerin des Sacharow-Menschenrechtspreises des Europaparlaments Nasrin Sotoudeh nach einem der zahlreichen Schein-Prozesse gegen sie zu 33
Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt worden. Häufig erleiden politische Häftlinge in Haft Folter und Misshandlungen, oft wird ihnen notwendige medizinische Behandlung vorenthalten. Initiativen für mehr Frauenrechte werden im Keim erstickt. Angehöriger

ethnischer, religiöser und politischer Minderheiten wie etwa der Bahai sind im Iran oft vielfacher Diskriminierungen ausgesetzt.

Irans Rolle bei der Stabilisierung der Herrschaft Bashar al-Assads hat maßgeblich zur Verschlechterung der humanitären Lage in Syrien beigetragen. Auch in Libanon und im Irak spielt der Iran eine imperialistische Rolle, die die Souveränität der Staaten untergräbt und zur Vertiefung der innerislamischen Konfessionskonflikte beiträgt. In Jemen ist die Unterstützung der illegitimen Machtübernahme durch die Houthis ein Beitrag zur Fortsetzung des Konfliktes auf Kosten der Zivilbevölkerung. Zudem wird die Drohung der „Auslöschung Israels“ von der Führung des Landes auf unerträgliche Art immer wieder bedroht - in Anbetracht der militärischen Präsenz des Irans und seiner Alliierten in er Nachbarschaft Israels eine sehr ernst zu nehmende Rhetorik.

Bei all den zahlreichen Herausforderungen, die Teheran darstellt, war eines der relevantesten Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege und auf absehbare Zeit gelöst. Das Atomabkommen mit dem Iran - offizieller Name: Joint Comprehensive Plan of Action (JCPoA) - war ein großartiger diplomatische Erfolg Jahre länger diplomatischer Bemühungen, die Joschka Fischer als Außenminister begann, Guido Westerwelle fortsetzte und Frank-Walter Steinmeier zu Ende brachte. Dieser Erfolg war nur möglich, weil die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Deutschland und die Europäische Union (EU) gemeinsam agierten.

Mit dem Abkommen gelang es, das iranische Atomprogramm einem nie da gewesenen Kontrollregime
zu unterwerfen, den Großteil der Anreicherungskapazitäten abbauen zu lassen und die Gefahr eines nuklearen Rüstungswettlaufs entscheidend zu begrenzen. Die USA haben so zusammen mit
der EU bewiesen, dass eine starke und enge transatlantische Partnerschaft die Grundlage für eine internationale Koalition bilden kann, die auch China und Russland einschließt und von der Weltgemeinschaft getragen wird. Nach Inkrafttreten des Abkommens hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) ohne Ausnahme bestätigen können, dass der Iran die Bedingungen vollständig erfüllte. Der JCPoA als Rüstungskontrollabkommen funktionierte.

Am 8. Mai 2018 entschied US-Präsident Donald Trump ohne Not, dass sich die Vereinigten Staaten aus dem JCPOA zurückziehen. Die US-Sanktionen im Zusammenhang mit dem iranischen
Nuklearprogramm wurden wieder in Kraft gesetzt und seitdem immer weiter verschärft.

Dem Iran wurde daraufhin von der Bundesregierung, Frankreich, Großbritannien und der EU signalisiert, ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen weiterhin gerecht werden zu wollen. Nachdem nun aber die europäischen VertragspartnerInnen es versäumt haben, parallel zu politischen Aktivitäten und diplomatischen Initiativen wirtschaftliche Voraussetzungen für einen Erhalt des Abkommens zu schaffen und der wirtschaftliche Druck der USA auf den Iran immens gestiegen war, kündigte der Iran, exakt ein Jahr später, am 8. Mai 2019, einen teilweisen Rückzug aus dem Abkommen an.

Saudi-Arabien - ein hochproblematischer Akteur

Das Königreich Saudi-Arabien ist innen- wie außenpolitisch ebenso ein hochproblematischer Akteur. Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch und die weltweite Finanzierung von dschihadistischen Netzwerken inakzeptabel.

Die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien ist katastrophal. Willkürliche Verhaftungen, Folter undEinschüchterung von KritikerInnen sind an der Tagesordnung. 2018 wurden im Königreich 149 Menschen hingerichtet. Bewusst vage formulierte sogenannte „Antiterror-Gesetze“ erlauben es, derartigen Maßnahmen einfach einen juristischen Deckmantel überzulegen. Besonders unterdrückt das Regime die saudische Zivilgesellschaft. Verhaftete Frauenrechtsaktivistinnen erfahren Folter, sexuelle Gewalt und andere Misshandlungen. Auch die Meinungsfreiheit wird in Saudi-Arabien mit den Füßen getreten. Die bestialische Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi war nur die Spitze des Eisbergs. So sitzt beispielsweise der liberale Blogger Raif Badawi derzeit eine Haftstrafe von zehn Jahren ab, ihm droht permanent die Vollstreckung einer Zusatzstrafe von 1.000 Stockhieben. Auch Minderheitenrechte werden in Saudi-Arabien systematisch verletzt. Vertreter der Ahmadi-Gemeinschaft beispielsweise wurden zum Tode verurteilt.

Die „Agenda 2030“ des Königshauses bringt punktuelle Verbesserungen mit sich, wie etwa das Ende des absurden Fahrverbots für Frauen. Ob dies allerdings kosmetische Änderungen oder tiefgreifende Reformen sind, und wie die orthodoxe wahabitische Geistlichkeit damit umgehen wird, bleibt noch abzuwarten.

Genauso ist die hochproblematische Regionalpolitik Saudi-Arabiens, als zusätzlicher Treiber einer militärischen Eskalation mit dem Iran nicht zu verkennen. Sie wirkt sogar über den Mittleren Osten hinaus destabilisierend. So ist das Land federführend bei der Blockade des Jemen, wodurch es ganz wesentlich für die – laut den Vereinten Nationen - derzeit größte humanitäre Katastrophe der Welt mitverantwortlich ist. 24 Millionen Menschen sind in Jemen derzeit aufgrund der Blockade auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gegen das Nachbaremirat Katar
hat Saudi-Arabien ein Embargo verhängt, dessen Umstände und Begründung höchst fragwürdig sind. Der Konflikt hat zu einer vollständigen Lähmung des Golfkooperationsrats geführt.

Die damit einhergehende Lagerbildung strahlt auch destabilisierend in andere Konflikte in Nordafrika, dem Jemen und dem Horn von Afrika aus und heizt dort existierende Konflikte zusätzlich an. In Libyen unterstützt das Königreich General Khalifa Haftar, der die von der internationalen Gemeinschaft gestützte Regierung in Tripolis bekämpft. Darüber hinaus stellte sich Saudi-Arabien während des sogenannten Arabischen Frühlings - unter anderem auch

mit militärischen Mitteln - vielfach gegen die in zahlreichen Staaten, wie etwa in Bahrain, begonnenen Demokratisierungsprozesse.

Hinzu kommt die direkte und indirekte Unterstützung für dschihadistische Netzwerke weltweit. Vom Salafisten-Stand in der Fußgängerzone in Deutschland bis nach Somalia reicht ein Netzwerk, das ungehindert von saudischen Privatpersonen - oft am Königshof präsent finanzielle Hilfe bekommt. Hinzu kommt der wahabitische Klerus als spiritueller Radikalisierungsmotor der sunnitischen Welt - mit der vollen Legitimation des saudischen Staates.

Deeskalation jetzt!

Die Konflikte in der Straße von Hormos und im Persischen Golf angesichts der extrem volatilen Lage nicht ausufern zu lassen muss höchste Priorität haben. Die Beteiligung an der US-geführten Mission „Sentinel“ im Persischen Golf lehnen wir ab, da diese keinen deeskaltiven Charakter hat. Einem robusten Einsatz der Bundeswehr im Persischen Golf werden

wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen Mission, einem rein deeskalativen Charakter und mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.

Gerade in Zeiten, in denen die internationale Ordnung zunehmend unter Druck gerät, braucht es eine Bundesregierung, die gemeinsam mit ihren europäischen PartnerInnen auf alle denkbaren diplomatischen und politischen Kanäle unmissverständlich auf Deeskalation zwischen allen beteiligten Parteien hinwirkt. Darüber hinaus sind alle VertragspartnerInnen des JCPoA durch die VN-Resolution 2231 dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Fortbestand der Vereinbarung und seine Umsetzung zu unterstützen.

Wir fordern die Bundesregierung insofern dazu auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Erhalt des Abkommens zu schaffen. Dazu gehört der Aufbau alternativer Zahlungswege für legitime Geschäfte mit dem Iran, der Erhalt iranischer Möglichkeiten zum Ölexport und Angebote zur Unterstützung des Irans beim Aufbau von Infrastruktur, die den IranerInnen zu Gute kommen, vor allem bei den Erneuerbaren Energien, der prekären Wasserversorgung und im Falle von humanitären Notlagen. Das Paradebeispiel dafür ist die Handelsplattform INSTEX.

Weil der Iran wegen des Drucks der USA vom weltweiten Transaktionssystem Swift abgekoppelt wurde, ist es im den Menschen im Land im Grunde unmöglich, Geschäfte mit dem Ausland abzuwickeln, also Geld zu transferieren. Auch humanitäre Güter können im Iran nicht mehr gekauft werden. So mangelt es mittlerweile sogar an dringend notwendigen Medikamenten für an Krebs erkrankte Kinder. Zudem hat die sanktionsbedingte Isolation der iranischen Wirtschaft zu einer massiven ökonomischen Depression geführt, unter der nur die korrupten wohlhabenden Kleptokratennicht leiden. Auch ist diese Wirtschaftskrise laut dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) die Hauptursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in der Türkei. Über zwei Millionen afghanische Flüchtlinge bekommen im Iran nicht mehr ausreichend Hilfe und finden keine Jobs mehr. Da die Sicherheitslage in Afghanisten ihnen den Rückkehrweg versperrt, machen sich immer mehr auf den Weg nach Europa.

Unser Kerninteresse im Sinne der nuklearen Abrüstung ist es das JCPoA aufrecht zu erhalten. Schon bei der Unterzeichnung des Nuklearabkommens war klar, dass es nicht perfekt sein konnte, sondern ein Kompromiss war. Ebenso war klar, dass weder das Raketenprogramm des Iran, noch dessen aggressive Regionalpolitik, die Drohungen gegen Israel und die dramatische Menschenrechtslage im eigenen Land Teil dieses Abkommens waren. Es hat sich gezeigt, dass alle diese Probleme durch das Abkommen nicht geringer wurden. Doch ebenso klar ist: ohne das Abkommen wird es noch weniger Möglichkeiten geben, diese Probleme anzusprechen und anzugehen.

Es braucht eine Nahostpolitik, die den Mut hat, den gescheiterten amerikanischen Ansatz des „maximalen Drucks“ zurückzuweisen. Eine Nahostpolitik, die die Äquidistanz zu Iran und Saudi-Arabien sucht, statt die Lage der Menschen in Not - etwa in Jemen - mit unverantwortlichen Rüstungsexporten weiter zu verschlechtern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern von der Bundesregierung:

- sich auf allen Ebenen für eine Deeskalation am Persischen Golf einzusetzen. Dazu gehört auch die Unterstützung direkter Gespräche zwischen Iran auf der einen Seite und USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite.

- sich dabei nur an Missionen zu beteiligen, die sich im Rahmen des Grundgesetzes und des Völkerrechts bewegen, einen ausschließlich deeskalativen Charakter haben und nicht die Beteiligung der genannten Konfliktparteien einschließen.

- sich stärker für den Erhalt des Atomabkommens mit dem Iran einzusetzen. Dies beinhaltet die Einrichtung eines Zahlungsmechanismus, der Geschäfte mit dem Iran wieder möglich macht.

- Iran und Saudi-Arabien einen Ausbau der Kooperation im Bereich der Erneuerbaren Energien anbieten.

- Eine Konferenz zu veranstalten, in der die Staaten der Nahen Ostens die Möglichkeit bekommen, bei den massiven regionalen Umwelt-Herausforderungen, allen voran Wassermangel und
Luftverschmutzung, Kooperationsformen auszuloten.

- klar und deutlich die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien und im Iran anzusprechen und dabei im Schwerpunkt die Freilassung aller politischen Gefangenen einzufordern.

- sich für die Rechte der Zivilgesellschaft in beiden Staaten einzusetzen. Dazu gehört auch eine Visa-Politik, die den internationalen Austausch ermöglicht und nicht wie bisher stranguliert.

- die amerikanische Iran-Politik des „maximalen Drucks“ zurückzuweisen. Dazu gehört auch eine Verstärkung des „Blocking Statuts“ der Europäischen Union, um europäische Unternehmen gegen die völkerrechtswidrigen sogenannten „Sekundärsanktionen“ der USA zu wappnen.

- die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in anderen Staaten, die am Jemen-Krieg beteiligt sind, endlich zu beenden.

- die humanitäre Hilfe für die Menschen im Jemen auszubauen und sich für eine Untersuchung der von allen Parteien begangenen Kriegsverbrechen einzusetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragsteller*innen

Mogdeh Töbelmann (KV Berlin-Mitte); Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt); Kai Gehring (KV Essen); Christoph Kühl (KV Leverkusen); Patricia Peveling (KV Hochtaunus); Margarete Bause (KV München); Daniela Cappelluti (KV Frankfurt); Emre Telyakar (KV Frankfurt); Manuel Denkwitz (KV Frankfurt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Christoph Rosenbaum (Frankfurt KV); Ralf Napierski (Frankfurt KV); Julia Eberz (KV Frankfurt); Miriam Dahlke (KV Frankfurt); Martina Feldmayer (KV Frankfurt); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Tina Zapf (KV Frankfurt); Wendel Jaromir Burkhardt (KV

Frankfurt); Maik Babenhauserheide (Herford KV); sowie 12 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.